



UNHCR

United Nations High Commissioner for Refugees
Haut Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés

Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen
Vertretung in Deutschland

Wallstrasse 9 – 13
10179 Berlin

Tel: +49 30 202 202 0
Fax: +49 30 202 202 20
Email: gfrbe@unhcr.ch

UNHCR-Stellungnahme zur Frage der Flüchtlingseigenschaft afghanischer Asylsuchender

I. Notwendigkeit des internationalen Schutzes für Afghanen

Im Jahr 2002 kehrte eine größere Anzahl von Menschen freiwillig nach Afghanistan zurück. Während erwartet wird, dass die freiwillige Rückkehr fort dauert, haben gleichzeitig bestimmte Gruppen von Afghanen weiterhin eine begründete Furcht vor Verfolgung aus Gründen, die in Artikel 1 A (2) des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1951 (Genfer Flüchtlingskonvention) aufgeführt sind. Andere, die aus besonders betroffenen Teilen des Landes stammen, könnten auf Grund der Auswirkungen verbreiteter Gewalt und Unruhen internationalen Schutz benötigen.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist bei der Bestimmung der Flüchtlingseigenschaft und der Schutzbedürftigkeit von Afghanen der provisorische und instabile Charakter der gegenwärtigen Situation zu berücksichtigen. Die Regierung wurde am 22. Juni 2002 gebildet, und die Vereinbarung über die gegenwärtigen vorläufigen staatlichen Einrichtungen gilt nur für einen Zeitraum von 18 Monaten bis im Jahr 2004 Wahlen stattfinden. Es ist nicht bekannt, wie der Staat (die Zentralbehörden) im Hinblick auf bestimmte Kategorien von Personen oder Gruppen handeln wird und zu welchem Zeitpunkt es ein rechtsstaatliches System geben wird, das Schutz gegen Maßnahmen örtlicher Behörden und anderer Urheber von Verfolgung bieten kann.

Die gegenwärtige Übergangsphase ist durch die Aufsplitterung bestimmter Landesteile in De-facto-Einflusszonen, ein Machtvakuum in anderen Landesteilen und Spannungen auf Grund des Wettstreits um Einfluss zwischen unterschiedlichen Akteuren gekennzeichnet. Außerdem kontrolliert die ernannte Interimsregierung nicht das gesamte afghanische Territorium. Im Hinblick auf die Urheber von Verfolgung muss unter diesen Umständen die Möglichkeit der Verfolgung durch nichtstaatliche Akteure weiterhin in Betracht gezogen werden. Die in der Vergangenheit begangenen Menschenrechtsverletzungen durch Mitglieder von an die Macht zurückgekehrten Gruppen (einschließlich der *Dschamiat-i-Islami*, der *Hisb-i-Wahdat* (Akbari - Pazdar; Khalili - Nasr) und der *Dschombesch-i-Melli-i-Islami*, *Ittehad-i-Islami*, *Harakat-i-Islami Mohseni*; *Hisb-i-Islami Khalis*, *Sepah-i-Mohammed*) bestätigen, dass solche Risiken weiterhin bestehen.

II. Schutzbedürftige Personen

Auf der Grundlage der derzeit verfügbaren Informationen zu Afghanistan gibt es Hinweise, dass u.a. Personen mit den folgenden Profilen in besonderem Maße Gefahr laufen, Opfer von Gewalt, Übergriffen oder Diskriminierung zu werden:

(i) Personen, die mit dem kommunistischen Regime verbunden waren oder von denen dieses angenommen wird, sowie andere, die sich für einen säkularen Staat eingesetzt haben

Obwohl die Interimsregierung ein seit dem 22. Dezember 2001 geltendes „Gesetz über die würdevolle Rückkehr afghanischer Flüchtlinge“ erlassen hat, ist die Situation in Bezug auf Personen, die als Mitglied der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (*People's Democratic Party of Afghanistan* – PDPA) und als Ergebnis ihrer früheren beruflichen oder anderen Aufgaben dem früheren kommunistischen Regime angehörten oder mit ihm verbunden waren, unklar. Obwohl sie nicht von den Zentralbehörden verfolgt werden, können sie weiterhin Gefahr laufen, Opfer von Menschenrechtsverletzungen zu werden, wenn sie nicht vom Schutz durch einflussreiche Gruppen oder Stämme profitieren. Inwieweit diese Möglichkeit besteht, hängt von einer Reihe von Faktoren einschließlich der folgenden ab: a) dem Ausmaß der Identifizierung mit der kommunistischen Ideologie, b) dem Rang oder der Position, den/die sie zuvor bekleideten, c) Bindungen innerhalb der Familie und Großfamilie.

In diesem Kontext muss darauf hingewiesen werden, dass die Übergangsverwaltung sowie regionale und örtliche Behörden von früheren Mudschaheddin-Gruppen und einigen Royalisten aus der vorkommunistischen Zeit dominiert werden.

Gruppen, bei deren Mitgliedern ein potenzielles Risiko eine sorgfältige Beurteilung erfordert, wenn diese ohne Verbindung zu existierenden islamischen/ politischen Parteien oder ohne Stammeschutz sind, umfassen:

- Hochrangige Mitglieder der PDPA unabhängig davon, ob sie zur Parcham- oder zur Khalk-Gruppe der Partei zählten. Die meisten PDPA-Mitglieder lebten während des kommunistischen Regimes in Kabul oder anderen Städten. Sie werden nur in Gefahr sein, wenn sie bewaffneten Gruppen als solche bekannt sind. Dies gilt für (i) Mitglieder von Zentral-, Provinzstadt- und Bezirkskomitees der PDPA und ihre Familienangehörigen, (ii) einige der Leiter und hochrangigen Mitglieder gesellschaftlicher Organisationen wie der Demokratischen Jugendorganisation oder der Demokratischen Frauenorganisation auf Landes-, Provinz-, Stadt- oder Bezirksebene.
- Einige der früheren Angehörigen der Armee, der Polizei und des Geheimdienstes Khad des kommunistischen Regimes sind ebenfalls generell gefährdet, und zwar nicht nur durch die Behörden, sondern mehr noch durch die Bevölkerung (Familien von Opfern), weil sie mit

Menschenrechtsverletzungen während des kommunistischen Regimes in Verbindung gebracht werden. Bei der Prüfung von Anträgen von Angehörigen von Armee, Polizei und Geheimdienst sowie von hochrangigen Amtsträgern bestimmter Ministerien muss sorgfältig die Anwendbarkeit der Ausschlussklauseln von Artikel 1 F des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1951 geprüft werden. Bis zu einem gewissen Grad waren viele dieser früheren afghanischen Amtsträger direkt oder indirekt an ernsthaften und verbreiteten Menschenrechtsverletzungen beteiligt.

(ii) Bestimmte Frauenprofile

Trotz ermutigender Fortschritte für die Lebensbedingungen von Frauen in Afghanistan bestehen Diskriminierung und konservative kulturelle Bräuche fort und führen bisweilen zu Gewalttaten und sogar Tötungen ("Ehrtötungen"). Folgende Gruppen von Frauen sollten daher bei einer Rückkehr nach Afghanistan als gefährdet und möglichen Verfolgungen ausgesetzt angesehen werden:

a) Frauen ohne wirksame männliche Unterstützung und/oder Beistand der Gemeinschaft und b) Frauen, von denen angenommen wird, dass sie soziale Normen verletzen oder die dies tatsächlich tun. Diese letztere Kategorie könnte die folgenden Frauen einschließen:

1) Afghanische Frauen, die in einem Asylland einen Mann fremder Staatszugehörigkeit geheiratet haben; dies betrifft insbesondere Frauen, die keine Moslems geheiratet haben, was als Verletzung der Lehren des Islams angesehen wird; und 2) Afghanische Frauen, die westliches Verhalten oder westliche Lebensführung angenommen haben, was (i) als Verletzung der sozialen Normen angesehen wird und (ii) ein solch wesentlicher Bestandteil der Identität dieser Frauen geworden ist, dass es für diese eine Verfolgung bedeuten würde, dieses Verhalten unterdrücken zu müssen.

(iii) Personen, denen Verfolgung aus politischen Gründen droht

Wie bereits beschrieben, befindet sich Afghanistan auf dem Weg von einer Übergangsregierung zu einer dauerhaften Regierung, gleichzeitig jedoch in einer Situation, die durch das Wiedererstarken von Kriegsherren gekennzeichnet ist, die sich Berichten zufolge neu bewaffnen und die De-facto-Macht in ihren jeweiligen Gebieten vergrößern. In dieser angespannten Situation nehmen Berichte über Fälle von politisch motivierter Festnahme und Inhaftierung sowie von verdeckter oder offener Bedrohung und Einschüchterung zu, wobei die Opfer Personen mit einer anderen politischen Zugehörigkeit als die Machthaber sind, oder solche, die ihren abweichenden Ideen Ausdruck geben. In einzelnen Fällen stellt sich politische Opposition als ein definierendes Merkmal der Verfolgung heraus.

Auch wenn nicht in systematischer Weise durchgeführt, könnte politische Unterdrückung vor allem solche Personen betreffen, welche von Befehlshabern oder Gruppierungen als eine Bedrohung ihrer Macht angesehen werden. Diese Gefährdung betrifft den Medienbereich, Journalisten, Organisationen der Zivilgesellschaft wie Frauenverbände und

professionelle *Shuras*, ebenso wie Zeugen schwerer Menschenrechtsverletzungen. Die Kultur der Straflosigkeit, die durch den immer noch unzureichenden Staat oder durch traditionelle Justiz- und Sicherheitsmechanismen hervorgerufen wird, fördert die Fortsetzung dieser Einschüchterungshandlungen.

(iv) Personen, die aus Gebieten stammen, in denen sie eine ethnische Minderheit bilden und dorthin zurückkehren

Aus einigen Gebieten Afghanistans liegen Berichte über die Verfolgung ethnischer Minderheiten durch örtliche Befehlshaber in Form von Erpressung, Misshandlung, Inhaftierung und sogar Mord und Vergewaltigung vor. Solche Berichte sind bestätigt für der paschtunischen Volksgruppe angehörende Afghanen in Gebieten im Norden und Westen Afghanistans, in denen sie die Minderheit bilden.

Die Paschtunen bilden insgesamt die größte Volksgruppe in Afghanistan, stellen aber eine Minderheit im Norden dar, wo die Volksgruppen der Tadschiken, Usbeken und insbesondere der Hasara in der Mehrheit sind und die Macht ausüben. Dass Paschtunen überhaupt im Norden leben, ist im Wesentlichen eine Folge einer vorsätzlichen Siedlungspolitik im letzten Jahrhundert mit dem Ziel, die Vollzugsgewalt der damaligen paschtunisch dominierten Regierung zu stärken. Die Paschtunen wurden erfolgreiche Landbesitzer und begründeten Handels- und Geschäftsinteressen in Städten wie Kundus und Baghlan. Sie erlangten auch eine führende Rolle als Kreditgeber und erwarben bei Überschuldung der Kreditnehmer weiteren Grund und Boden oder ließen ihn beschlagnahmen. Seit dem Sturz der Taliban werden Berichte bekannt, nach denen paschtunische Dorfbewohner oder andere Zivilisten von Seiten örtlicher Kriegsherren und anderer Angehöriger der den Norden kontrollierenden Gruppen (*Dschombesch-i-Melli-i-Islami*, *Hisb-i-Wahdat* und *Dschamiat-i-Islami*) Schikane, Einschüchterung und diskriminierender Behandlung sowie Gewaltakten, Banditentum und Verfolgung ausgesetzt sind. Dies hat viele Paschtunen veranlasst, zu fliehen.

Gujur aus Takhar und Baghlan, Ismaili aus Baghlan, Sayeedi und Hazara aus dem Kamard-Bezirk von Bamian sind gegebenenfalls auch ethnisch und politisch motivierter Verfolgung ausgesetzt. Diese Aufzählung ist nicht abschließend, sondern zeigt Beispiele für besondere Risikogruppen auf.

(v) Personen, von denen angenommen wird, dass sie mit dem Taliban-Regime verbunden waren oder es unterstützt haben

Die Taliban waren bei weitem keine einheitliche Bewegung und umfassten ein breites Spektrum von Afghanen, das von relativ gemäßigten bis zu extremen Konservativen reichte. Entscheidungen über übergeordnete politische und militärische Angelegenheiten wurden in einem exklusiven Kreis an der Spitze der Bewegung getroffen, der immer in engem Kontakt zu Mullah Mohammad Omar in Kandahar stand. Ihre Umsetzung unterschied sich jedoch von Ort zu Ort und von einem Zeitraum zum nächsten.

Es wird allgemein angenommen, dass die meisten einfachen Taliban bereits in ihre Herkunftsgemeinschaften entweder in Afghanistan oder in Pakistan zurückgekehrt sind. Einige hundert Taliban-Kämpfer wurden von der Interimsregierung aus der Haft entlassen, weil sie angeblich eingezogen worden waren und „unschuldig“ sind. Dennoch gibt es Berichte über die Anschuldigungen, Diskriminierung und Bedrohung von Zivilisten, die während des Taliban-Regimes in der Verwaltung gearbeitet haben. Die Wahrscheinlichkeit, dass diese das Ausmaß von Verfolgung annehmen, ist umso größer, je höher die Position und je größer der Einfluss der Betroffenen war. Parallel dazu steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Ausschlussklauseln zur Anwendung kommen können.

(vi) Nicht-islamische religiöse Minderheiten

Es gibt in Afghanistan etwa 3.500 Sikh- und Hindu-Familien, die überwiegend in den Provinzen Kabul, Ghazni, Kandahar, Helmand und Nangahar leben. Bis 1992 litten sie nicht unter Diskriminierung und konnten ihre Religion in den städtischen Zentren, in denen sie überwiegend lebten, frei ausüben. Während des Bürgerkrieges und der Herrschaft der Taliban wurden viele ihrer Tempel zerstört oder als Militärstützpunkte benutzt. Die Gemeinschaft leidet immer noch unter den Folgen der strengeren und weniger toleranten Anwendung islamischer Werte durch den Staat und die verschiedenen Gruppierungen, die während der vergangenen 14 Jahre an der Macht waren. In der Folge sieht sich die Gemeinschaft immer noch verschiedensten Formen von Einschüchterungen in der Öffentlichkeit ausgesetzt, und ihre Kinder können nicht mehr wie früher die damals existierenden Sikh/Hindu-Schulen besuchen. Manche der aus Indien zurückkehrenden Sikh- und Hindu-Familien behaupten, dass es nicht möglich war, ihren Grundbesitz zurückzuerlangen.

(vii) Konvertiten

Eine Gefahr der Verfolgung besteht weiterhin für Afghanen, die verdächtigt oder beschuldigt werden, vom Islam zum christlichen oder jüdischen Glauben konvertiert zu sein. Die Konversion gilt in ganz Afghanistan als Vergehen, das mit dem Tod bestraft werden kann.

(Aktualisierte Zusammenstellung: UNHCR Berlin, Juli 2003)